

schen Behörden befinden sich hier in einem Dauerdilemma: Meistens halten sie Flüchtlinge aus Tibet eine Zeitlang fest und vernehmen sie, um auf diese Weise der VR China Reverenz zu erweisen, entlassen sie dann aber in Richtung Dharamsala (SCMP, 25.4.98). -we-

7 Waffenkäufe trotz Embargos

a) Woher China seit 1989 seine Waffen beziehen konnte

Ein „US Congressional Report“, der Ende April zugänglich wurde, zeigt, daß die chinesische VBA trotz des Waffenlieferungsembargos, zu dem sich die westlichen Staaten nach dem Tiananmen-Massaker von 1989 entschlossen hatten, weiterhin Hochtechnologieausrüstungen in Milliardenhöhe beziehen konnte, wobei vor allem Rußland und Israel als Hauptlieferanten in die Lücke sprangen.

Von den Hightech-Waffenkäufen in Höhe von 5,3 Mrd. US\$, die zwischen 1990 und Ende 1996 von der VBA (vermutlich) getätigt werden konnten, wurden 72% (im Gesamtwert von 3,8 Mrd. US\$) von Rußland geliefert.

Der „Nahe Osten“ war in Höhe von 17% an den Lieferungen beteiligt, und zwar hauptsächlich Israel in Höhe von 900 Mio. US\$.

US-Firmen lieferten im gleichen Zeitraum, und zwar in Erfüllung von Verträgen, die noch vor 1989 geschlossen worden waren, Militärgüter in Höhe von 37,1 Mio. US\$. Aufgrund von Sondererlaubnissen des Präsidenten wurden auch noch Verkäufe an China in Höhe von 307,4 Mio. US\$ getätigt, hauptsächlich für den Bau von Satelliten. Infolgedessen lag der US-Anteil an den Militärlieferungen für die VBA im besagten Zeitraum bei 6,5%.

Westeuropa, wo sich die meisten Staaten an das „freiwillige Embargo“ hielten, war mit lediglich 121,9 Mio. US\$ (= 2,3%) beteiligt, wobei ebenfalls hauptsächlich Verträge aus der Zeit vor 1989 eingelöst wurden.

Wegen der systematischen Durchbrechung des Embargos durch Rußland und Israel haben einige europäische Staaten mittlerweile erklärt, daß sie sich künftig wahrscheinlich nicht mehr an die Verbotsvereinbarung gebunden fühlen. Viel hänge hier allerdings von der weiteren Entwicklung der Menschenrechtsslage in China ab (SCMP, 30.4.98).

b) Neue Organe, neue Bewaffnungsüberlegungen

Sollte es in Kürze also zu einem Wegfall des Embargos kommen, so erhielte damit die neugegründete „Kommission für Wissenschaft, Technologie und nationale Verteidigungsindustrie“ einen unerwartet breiten Betätigungsbereich.

Hochwillkommen dürfte die Aufhebung des Embargos aber auch der „ZK-Führungsgruppe für Technologie und Erziehung“ sein, die im März 1998 unter Führung von Ministerpräsident Zhu Rongji gebildet wurde und deren Ziel es ist, langfristige Pläne für die technologische Entwicklung Chinas zu entwerfen, sowohl für den industriellen als auch den militärischen Bereich.

Was das Militär anbelangt, so legt es besonderen Wert auf Aeronautik und Raumtechnologie sowie auf eine Modernisierung der Marine, vor allem auf die Entwicklung von Flugzeugträgern.

Während das Land sein Haushaltsdefizit 1998 um mindestens 10 Mrd. Yuan verringern will, hat es doch gleichzeitig größere Summen für zivile und militärische Technologiezwecke beiseitegestellt – getreu dem Motto Jiang Zemin, daß „China durch Wissenschaft und Technologie neu belebt“ werden solle (SCMP, 1.4.98).

c) Neue Organisationsformen

Hand in Hand mit der Technologie soll auch die Ausbildung und Organisation der VBA neu überdacht werden: Angestrebt wird eine kleine und hocheffiziente Armee, weshalb bis zum Jahr 2000 nicht weniger als eine halbe Million Offiziere und Soldaten ins Zivileben entlassen werden sollen (zu den einzelnen Abrüstungsschritten vergl. C.a., 1998/2, Ü 4).

Darüber hinaus sollen die „Drei Allgemeinen Abteilungen“ (Generalstab, Logistische Abteilung und Allgemeine Politische Abteilung) abgeschafft und durch das „Joint Staff System“ (nach amerikanischem Vorbild) ersetzt werden, damit die bisherige „Bergfestungsmentalität“ (*shantouzhuyi*), d.h. die notorische Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Abteilungen aufgehoben und die Voraussetzungen für eine bessere Zentralisierung geschaffen werden.

Zweitens soll ein „Joint Duty System“ – ebenfalls nach amerikanischem Muster – eingeführt werden. Unter dem Oberkommando des Verteidigungsministeriums und des ZK-Militärausschusses soll demnach ein „Joint Chiefs of Staff Council“ errichtet werden: ganz auf dieser Linie wären die Einheiten dann nicht mehr lokal (Militärregionen, Militärprovinzen), sondern

funktional auszurichten – also konsequent nach Armee, Luftwaffe, Marine und „Spezialeinheiten“, wobei jede dieser Einheiten direkt dem Kommando der „Joint Chiefs of Staff“ untergeordnet würde (ebd.).

Auch die bisherigen sieben Militärregionen sollen aufgelöst und durch fünf „Kriegsschauplatzkommandanturen“ ersetzt werden. Eine wichtige Funktion hätte hierbei die Nanjing-Kommandantur, die vor allem für alle militärischen Aktionen gegen Taiwan zuständig wäre (*Sing Tao Jih Pao* vom 15.4. in SWB, 16.4.98).

Des weiteren sollen die Trainingsmethoden umgestellt werden, um die Armee auf eine moderne Kriegsführung auszurichten (XNA, 14.4.98). Auch logistisch soll es zur Runderneuerung kommen: Am 5. April entstand zu diesem Zweck die „VBA-Abteilung für allgemeine Bewaffnung“, deren Aufgabe es ist, die Waffenproduktion einem zentralisierten Kommando zu unterstellen (XNA, 6.4.98).

Nicht zuletzt aber soll darauf geachtet werden, daß künftig stärker gegen Korruption in der Armee durchgegriffen wird (dazu SCMP, 6.4.98) und daß die Offiziere sich eine professionelle Berufsauffassung zu eigen machen, daß sie sich m.a.W. künftig weniger in die Politik einmischen, als es bei der alten VBA jahrzehntelang der Brauch gewesen war. -we-

Innenpolitik

8 Verschärfte Sicherheitsarbeit

Ende April 1998 tagte in Lhasa das Regionalkomitee Tibet der Sechsten Chinesischen Politischen Volkskonsultativkonferenz. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen Fragen der Sicherheitsarbeit in der Region. Indirekt wurde in den Tagungsberichten angedeutet, daß die Situation trotz verschärfter Überwachungsmaßnahmen gegenüber „Aktivitäten des Separatismus“ weiterhin angespannt ist. „We still have a very arduous task to perform, the problems affecting social and political stability remain very conspicuous, and the factors causing public security problems and breeding crimes will continue to increase.“ Auch das Regionalkomitee selbst ist augenscheinlich nicht völlig frei von „Kräften des Separatismus“.

Zwei Mitglieder mußten ausgeschlossen werden, weil sie ein Verhalten gepflegt hätten, „which is harmful to Tibet's stability and in serious violation of the CPPCC constitution.“ In Zukunft sei es notwendig, von einer bis dato eher passiven Wahrung der öffentlichen Sicherheit zu „einem aktiven Kampf gegen den Separatismus“ überzugehen. Nur so könne laut TV Tibet, Lhasa, „der reaktionäre Einfluß der Dalai-Clique ausgelöscht“ werden. Letzten Endes also nichts Neues in Tibet! (SWB, 29.4.98) -ma-

9 Strafmaßnahmen gegen Kader

Das schwere Explosionsunglück, das 1997 in einem Kohlekombinat in Chinas zweitgrößtem Kohleförderungszentrum Pingdingshan, Provinz Henan 89 Todesopfer gefordert hatte, hat im April diesen Jahres ein gerichtliches Nachspiel gefunden. Laut Untersuchungsbericht sei die Explosion unmittelbar auf massive Pflichtvernachlässigungen verschiedener leitender Kader und städtischer Aufsichtsvertreter zurückzuführen. Gegen alle diese Kader wurden schwere „Administrations- und Parteidisziplinarstrafen“ verhängt. Ferner wurde der Leiter der städtischen Kohleverwaltung als „Hauptverantwortlicher für das Unglück“ den Strafverfolgungsbehörden übergeben. (SWB, 17.4.98) -ma-

10 „Neues Entwicklungsstadium des Marxismus“?

In der Welt des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Pragmatismus scheinen sich einzelne ideologische Autoren Sorge um die weltanschauliche Basis des Landes zu machen. In einem Bericht vom 23. April fühlt sich die Nachrichtenagentur Xinhua offensichtlich aufgerufen, Abhilfe zu schaffen. Der Verfasser des Berichts betonte die große Bedeutung der „wissenschaftlichen Wahrheit der Deng Xiaoping-Theorie“. Nur auf ihrer Grundlage könne „Chinas Entwicklungsweg erweitert“ werden. Da brauche man weder „dieses oder jenes ausländische Modell“ noch „jüngstwelche marxistischen Thesen“; denn „Deng Xiaoping Theory is Marxism of present-day China, representing a new development stage of Marxism“. Nur auf der Basis der Dengschen Vorstellungen könne man „in China eine Erneuerung herbeiführen“. Es bleibt die Frage nach dem Adressaten dieser Botschaft. Möglicherweise geht es um

den „Monat der Wahrheitsdiskussion“ anlässlich des zwanzigsten Jahrestages der Auseinandersetzungen um den sozialistischen Wahrheitsbegriff zwischen Deng und Hua Guofeng im Mai 1978. Damals sei „dem Dogmatismus ein harter Schlag versetzt“ worden. Was die heutige Zeit angeht: „Many theorists believe that a further emancipation of minds is needed to solve complicated problems caused by reforms of state-owned enterprises and other developments.“ (SWB, 23.4.98) -ma-

11 Interview mit Justizminister

Am 13. April gab Chinas neuer Justizminister Gao Changli (61) dem Sender China Radio International ein längeres Interview zur allgemeinen Lage des Justizwesens im Lande. Auf dem 15. Nationalen Parteitag im September letzten Jahres sei eindeutig beschlossen worden, das Rechtswesen zur Grundlage der Regierung und Verwaltung des Landes zu machen („governing the country by law and building a socialist country ruled by law“). Um diese Zielsetzung realisieren zu können, sei es eine der vordringlichen Aufgaben seines Ministeriums, so Gao, „to improve legal services and step up publicity of laws so as to open up a new chapter in judicial administration“. Der Minister ging noch einen Schritt weiter und forderte einen veritablen „neuen Durchbruch“ im Gesetzeswesen, weil man nur auf diese Art den neuen Entwicklungen in China gerecht werden könne. Insgesamt werde sich die kommende Arbeit des Ministeriums auf drei Schwerpunkte konzentrieren. Zum einen müsse die Strafvollzugsverwaltung verbessert werden („target of building modern and civilized prisons and reformatories“). Auch die Strafaufsicht soll im Niveau verbessert werden („teaching on law, ethics, academic subjects, and technical skills“). Zum anderen gehe es um eine deutliche personelle Erweiterung in der gesamten Rechtssphäre. Gegenwärtig verfüge China über rd 100.000 Rechtsanwälte und 8.000 Anwaltsfirmen. Dennoch müsse der Rechtsberatungs- und Rechtsbeistandsbereich weiter ausgebaut und im Niveau gestärkt werden. Drittens müsse die Kenntnis der Gesetze in der Öffentlichkeit nachhaltig erhöht werden („popularization of legal knowledge“). Das gelte für die allgemeine Bevölkerung, aber ebenso für die staatlichen und anderen Verwaltungskader („system for leading cadres to study and apply laws“).

Abgesehen von diesen drei Schwerpunkten müsse das gesamte Rechtswesen allgemein „sauberer“ werden. Der Kampf gegen Korruption müsse konsequent aufrechterhalten werden. Drei Problembereiche seien dabei vordringlich: 1. Häufige Gesetzesbeugung bzw. -mißachtung durch Beamte und Polizisten zum Vorteil von Verwandten und Freunden; 2. Unkorrekter Arbeitsstil in den Organisationen der Rechtsverwaltung und Rechtssprechung; 3. Unethisches Berufsgebahren im Anwalts-gewerbe.

Zum Abschluß des Interviews gab sich der Minister „traditionsbewußt“. Er bestehe darauf, chinesische Schreibpinsel für seine Büroarbeit zu verwenden. Es sei „sein Traum, im Alter von achtzig ein Kalligraph zu werden“. (SWB, 17.4.98) -ma-

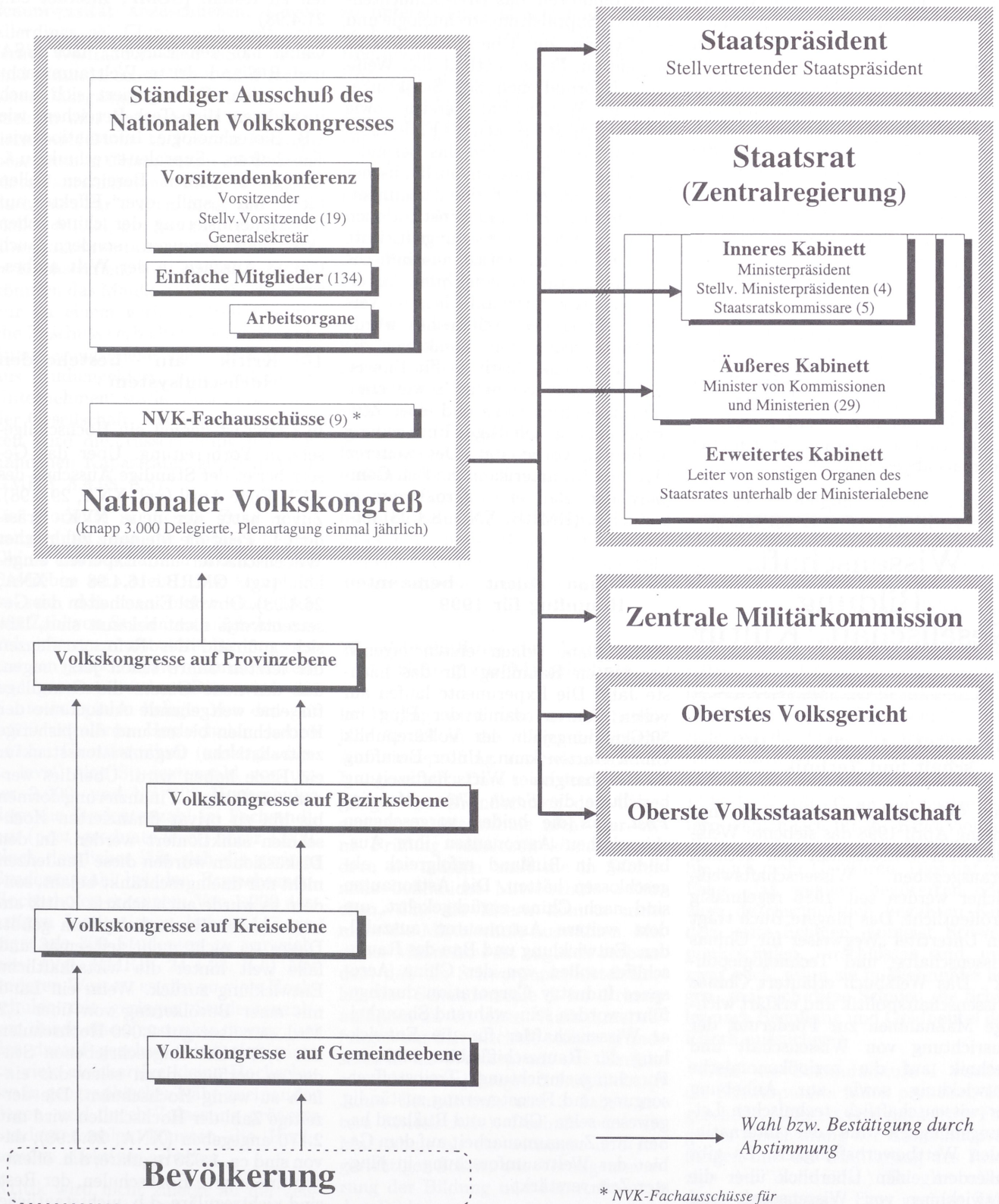
12 Beschäftigungsprobleme für Militärs

Die angestrebte Reduzierung der chinesischen Streitkräfte scheint vor allem im Offiziers- und Unteroffiziersbereich Probleme aufzuwerfen, wie die Betroffenen in zivilen Berufspositionen eingesetzt werden können. Staatspräsident und Parteichef Jiang Zemin nahm persönlich in einer Rede am 22. April vor einer Großversammlung von Armeekadern zu dieser komplizierten Frage Stellung. Er betonte, daß die Beschaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten eine „mühsame Angelegenheit“ sei, insbesondere weil die für 1998 angestrebte Verringerung der Streitkräfte um 50.000 Armeekader mit dem Abbau von Beschäftigungsmöglichkeiten in anderen Sektoren des Staates zusammenfalle. Dennoch werde man von seiten der Führung alles unternehmen, um einen möglichst reibungslosen Übergang in zivile Beschäftigungsverhältnisse einzuleiten. „The party and government have the responsibility and obligation to place them properly. Various localities, various departments and various reception units must try their best to overcome difficulties.“ (SWB, 25.4.98) -ma-

13 Korrigendum: Fachausschüsse des NVK

Im letzten Heft dieser Zeitschrift ist im Schaubild „Die obersten Verfassungsorgane der VR China“ (C.a., 1998/3, S.287) aufgrund einer mißverständlichen Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua ein Fehler im Hinblick auf die *Fachausschüsse des NVK* unterlaufen.

Die obersten Verfassungsorgane der VR China



- * NVK-Fachausschüsse für
- Wirtschaft und Finanzen;
 - Recht;
 - Innere Angelegenheiten und Justiz;
 - Bildung, Wissenschaft, Kultur und Gesundheit;
 - Auswärtige Angelegenheiten;
 - Auslandschinesen;
 - Nationalitätenfragen;
 - Umwelt- und Ressourcenschutz;
 - Landwirtschaft und ländliche Gebiete (dieser Ausschuß wurde 1998 neu errichtet).

Irrtümlich wurde angegeben, daß der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen nicht mehr bestehe. Die Mitglieder dieses Ausschusses waren jedoch bereits am 6. März gewählt worden (RMRB, 7.3.1998), während über die Zusammensetzung aller anderen Ausschüsse erst am 17. März entschieden wurde. Die chinesischen Medien gaben am 17./18. März nur noch die Zusammensetzung von acht Fachausschüssen bekannt. (RMRB, 18.3.1998) Ich danke Herrn Dr. Matthias Steinmann, dem stellvertretenden Direktor des Deutsch-Chinesischen Instituts für Wirtschaftsrecht in Nanjing, für diesen wichtigen Hinweis.

Das bedeutet: Der Nationale Volkskongreß besitzt jetzt neun (nicht acht) Fachausschüsse und der Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen besteht weiterhin. Das Schaubild wird deshalb in diesem Heft in korrigierter Fassung nochmals abgedruckt. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

14 Weißbuch über Wissenschaft und Technik

Das Wissenschaftsministerium hat Anfang April 1998 das siebente Weißbuch über Wissenschaft und Technik herausgegeben. Wissenschaftsweißbücher werden seit 1986 regelmäßig veröffentlicht. Das jüngste Buch trägt den Untertitel „Wegweiser für Chinas Wissenschafts- und Technologiepolitik“. Das Weißbuch erläutert Chinas Wissenschaftspolitik und erklärt wichtige Maßnahmen zur Förderung der Ausrichtung von Wissenschaft und Technik auf die sozioökonomische Entwicklung sowie zur Anhebung der wissenschaftlich-technischen Leistungsfähigkeit und der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Es gibt außerdem einen Überblick über die Entwicklung von Wissenschaft und Technik in den beiden letzten Jahren und stellt die Projekte des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) sowie die Schwerpunktprojekte im mittelfristigen Plan bis zum Jahr 2010 vor. Dazu zählen u.a. High-Tech-Projekte in den Bereichen Pharmazie und Umweltschutz, der Hochgeschwindigkeitszug Beijing-Shanghai und Informationsautobahnen, des weiteren ein TV-

Hochauflösungssystem, ein elektronisches Finanznetzwerk, Autos mit Elektromotoren, das Drei-Schluchten-Projekt, Supraleitungstechnologie und ein System zur Überschwemmungsprävention. Ferner enthält das Weißbuch Informationen zur Strukturreform im Wissenschaftsbereich sowie einschlägige Statistiken bis Ende 1995. In dem Weißbuch wird das besondere Interesse Chinas an ausländischer Wissenschaftskooperation bekundet. Ausländische Forschungsinstitutionen sollen in China Forschungsinstitute gründen oder chinesisch-ausländische Forschungsgruppen einrichten. Auf einer Pressekonferenz anlässlich der Veröffentlichung des Weißbuches wurde bekanntgegeben, daß Frankreich die Gründung eines Instituts für Biowissenschaften in Shanghai sowie eines Informationszentrums und eines Zentrums für nachhaltige Entwicklung in Beijing vorbereitet. Des weiteren plant die US-amerikanische Bell Company den Bau eines Großlabors in Shanghai. (RMRB, XNA, 8.4.98) -st-

15 China plant bemannten Raumflug für 1999

China plant seinen ersten eigenen bemannten Raumflug für das nächste Jahr. Die Experimente laufen auf vollen Touren, damit der Flug im 50. Gründungsjahr der Volksrepublik China starten kann. Unter Berufung auf die Shanghaier Wirtschaftszeitung berichtete die *South China Morning Post*, daß die beiden vorgesehenen chinesischen Astronauten ihre Ausbildung in Rußland erfolgreich abgeschlossen hätten. Die Astronauten sind nach China zurückgekehrt, um dort weitere Astronauten auszubilden. Entwicklung und Bau des Raumschiffes sollen von der China Aerospace Industry Corporation durchgeführt worden sein, während Shanghaier Wissenschaftler für die Entwicklung der Raumschiffkabine inklusive Forschungseinrichtung, Treibstoffversorgung und Fernsteuerung zuständig gewesen seien. China und Rußland haben ihre Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumforschung in jüngster Zeit verstärkt.

Die Zeitung berichtete ferner, daß China in der Provinz Sichuan zwei Windkanäle gebaut hat, die modernsten in Asien, um das Raumschiff, Trägerraketen und strategische Flugkörper zu testen. Die Windkanäle, von denen einer für Ultraschallgeschwindigkeiten geeignet ist, wurden vom Zentrum für aerodynamische Forschung und Entwicklung gebaut. Die bislang vorhan-

denen Windkanäle waren nicht geeignet, die Aerodynamik von Raumschiffen zu testen. (SCMP, Internet ed., 21.4.98)

China hat den Ehrgeiz, nach USA und Rußland dritte Weltraummacht zu werden. Es engagiert sich auch in anderen High-Tech-Bereichen, wie z.B. Biotechnologie, Informationswissenschaften, Supraleitertechnik u.ä. Erfolge in diesen Bereichen sollen nicht nur „spill-over“-Effekte auf die Modernisierung der chinesischen Wirtschaft erzeugen, sondern auch Chinas Ansehen in der Welt aufbessern. -st-

16 Kritik am bestehenden Hochschulsystem

In China ist derzeit ein Hochschulgesetz in Vorbereitung. Über das Gesetz beriet der Ständige Ausschuß des NVK Ende April (vgl. XNA, 29.4.98). Zuvor hatte der neue NVK-Präsident Li Peng die Meinung zahlreicher Wissenschaftler und Experten eingeholt (vgl. GMRB, 16.4.98 u. XNA, 26.4.98). Obwohl Einzelheiten des Gesetzesentwurfs nicht bekannt sind, läßt sich aufgrund der Reformtendenzen der letzten Jahre schon jetzt sagen, daß das neue Gesetz die Grundlage für eine weitgehende Autonomie der Hochschulen bieten und die bisherige zentralistische Organisationsstruktur ein Ende haben wird. Überdies werden vielfältige Finanzierungsformen bis hin zu privat finanzierten Hochschulen sanktioniert werden. In den Diskussionen wurden diese Tendenzen nicht nur uneingeschränkt bejaht, sondern es wurde auch scharfe Kritik am bestehenden Hochschulsystem geübt. Dieses sei nicht mehr zeitgemäß und falle weit hinter die wirtschaftliche Entwicklung zurück. Wenn ein Land mit einer Bevölkerung von über 1,2 Mrd. nur über gut 2.000 Hochschulen mit 5,67 Mio. eingeschriebenen Studenten verfüge, dann seien das einfach zu wenig Hochschulen. Die derzeitige Zahl der Hochschulen wird mit 2.170 angegeben (XNA, 26.4.98); davon sind ca. 1.036 reguläre, d.h. öffentlich finanzierte Hochschulen, der Rest sind nichtreguläre, d.h. nichtstaatliche Hochschulen.

Bemängelt wird vor allem, daß die Hochschulbildung immer noch zu exklusiv, d.h. auf einen relativ kleinen Kreis von Studenten beschränkt ist, weil der Zugang über die strengen Aufnahmeprüfungen restriktiv gehandhabt wird. Wenn China eine Wirtschafts- und Wissenschaftsmacht